

# Zivilcourage und Bürgergesellschaft

## STRATEGIEN GEGEN DIE TOTALITÄRE VERSUCHUNG

Gestatten Sie mir zu Beginn eine persönliche Bemerkung. In diesem Jahr wäre mein Vater ebenfalls 100 Jahre alt geworden. Diese Erinnerung hat mir geholfen, mich selbst im Generationenverständnis einzuordnen. Sie hat mich aber auch sehr bewegt bei dem Gedanken daran, dass drei so bedeutende Persönlichkeiten in diesem Jahr 100 Jahre alt geworden wären, wenn sie nicht das Höchste gegeben hätten, was der Mensch zu geben vermag: das eigene Leben.

Graf Stauffenberg, Graf Moltke und Pater Delp haben ihr Leben nicht im Dienste einer Institution gegeben, sondern sie haben gehandelt, weil sie sich aus ihrem Verständnis von Menschenwürde und menschlicher Verantwortung dazu verpflichtet fühlten. Weder ein anderer Mensch noch eine menschliche Ordnung haben sie dazu gezwungen oder verpflichtet, dieses Risiko einzugehen.

Claus Schenk Graf von Stauffenberg war zuletzt Oberst im Generalstab und seit seiner frühen Entscheidung für die Offizierslaufbahn ein begeisterter und überzeugter Soldat. Wie Moltke stammte auch er aus einer traditionsreichen Soldatenfamilie; seine Mutter war mit dem preußischen Heeresreformer August Graf Neidhardt von Gneisenau verwandt, während Moltke der Urgroßneffe des preußischen Generalfeldmarschalls Helmuth Karl Bernhard von Moltke war, der wesentlichen Anteil an den preußisch-deutschen Siegen im deutsch-dänischen Krieg, im Krieg zwischen Preußen und Österreich sowie im deutsch-französischen Krieg hatte.

Dieser historisch-soziale Kontext, in dem die beiden späteren Widerstandskämpfer aufgewachsen sind, ist wichtig, um heute zu verstehen, welcher langer, schwieriger Weg es besonders für Stauffenberg war, aus dem militärischen Gefüge von Befehl und Gehorsam auszubrechen und die Tat zu wagen. Er hat sich mit der Entscheidung, ein Attentat auf die Person zu verüben, auf die er seinen Eid geschworen hatte, nicht leicht getan.

Der Zwiespalt, in dem er sich befand, zeigt uns in diesem tragischen Moment der deutschen Geschichte den fundamentalen Unterschied auf zwischen einer Handlung, die sich innerhalb einer klar definierten institutionellen Ordnung – wie beispielsweise auf der militärischen Ebene – vollzieht und die aus dieser Ordnung heraus entsteht, und einer Tat, deren Grund nicht außerhalb des handelnden Menschen, sondern in ihm selbst liegt – in seiner ureigensten Überzeugung, in seiner inneren Kraft.

Niemand hat Stauffenberg oder Moltke – auch nicht Pater Delp – und ihren Mitkämpfern und Unterstützern jenen Befehl gegeben und dennoch haben sie gehandelt. Öffentliche Anerkennung wurde ihnen zu Lebzeiten nicht zuteil; die herrschenden Institutionen haben sie an den Galgen und vor das Erschießungskommando gebracht.

Es hat lange gedauert, bis die Tat der Widerstandskämpfer des 20. Juli angemessen gewürdigt worden ist. Noch zu meiner Schulzeit gegen Ende der fünfziger Jahre – damals war der Zwiespalt zwischen Eid und Verpflichtung einerseits und Widerstandsrecht andererseits Gegenstand von Schul-

aufsätzen – blieb die Bewertung umstritten. Es hat lange gedauert, bis die Tat der Widerstandskämpfer und der Geist, aus dem heraus sie handelten, der Geist des Kreisauer Kreises, als mitentscheidende ethische Grundlagen für die freiheitlich-demokratische Neuordnung Deutschlands akzeptiert wurden – eine Neuordnung, die viel besser gelungen ist, als man sich Ende der vierziger Jahre hatte vorstellen können, und die nicht gelungen wäre, wenn wir nicht auch ein solches Erbe besäßen. Dieses Erbe ist die historische Basis unserer heute stabilen, rechtsstaatlichen und freiheitlich-demokratischen Institutionen.

Moltke, Stauffenberg und Pater Delp zogen die Motivation für ihr Tun aus einer moralischen Selbstverpflichtung, ohne die Freiheit letztlich nicht existieren kann – aus der Selbstverpflichtung, nicht nur im Sinne des eigenen Vorteils zu handeln, sondern Verantwortung zu übernehmen für andere, für den Nächsten, für die Mitmenschen, für die Allgemeinheit.

Otto von Bismarck – damals preußischer Ministerpräsident – hat 1864 gesagt: „Mut auf dem Schlachtfeld ist bei uns Gemeingut, aber Sie werden nicht selten finden, dass es ganz achtbaren Leuten an Zivilcourage fehlt.“ Dieses Zitat führt mich im Zusammenhang mit Graf Moltke, Graf Stauffenberg und Pater Delp zum Thema Zivilcourage. Es führt mich zu dem Mut einerseits, der auch das Risiko, das eigene Leben zu verlieren, auf sich nimmt und der in außergewöhnlichen Zeiten – wie etwa auf dem Schlachtfeld – vorhanden ist. Und es führt mich zu den – wie Bismarck es schon empfand –vergleichsweise geringen Anforderungen an die Zivilcourage – an die Bereitschaft, zu einer eigenen Meinung zu stehen –, an der es vielen schon mangelt. Vielleicht ist es hier so wie mit der Banalität, mit der Mühsal der Ebene. Es ist unter Umständen schwieriger, das Wenige an Zivilcourage zu zeigen als das Große, als den wirklichen Mut. Vielleicht beschreibt dieses Paradoxon unser Problem in einer Zeit, in der so viel Mut von uns gar nicht verlangt wird.

Grausamkeit und Unmenschlichkeit – der Irrsinn des Nationalsozialismus – beschreiben ein Phänomen, bei dem es im Grunde nicht viel bedurfte, um das eigene Gewissen existenziell zu mobilisieren. Diese Mobilisierung ist der erste notwendige, unabdingbare Schritt zu einer mutigen Tat. Daher muss man heute eigentlich erschrecken bei dem Gedanken, dass die Verbrechen der Nationalsozialisten so wenige Menschen mobilisiert haben – so wenige Menschen, die das Risiko eingegangen sind und den Mut zur heldenhaften Tat besaßen. Dennoch wächst die Kraft zum Widerstand mit der feindlichen Macht, der es zu widerstehen gilt. Wenn das Böse offenkundig ist, fällt das Wegsehen schwerer. Mut benötigt einen Gegenstand, an dem er sich behaupten kann.

Moltke hat aus der Haft an seine beiden Söhne geschrieben: „Seitdem der Nationalsozialismus zur Macht gekommen ist, habe ich mich bemüht, seine Folgen für seine Opfer zu mildern und seiner Wandlung den Weg zu bereiten. Dazu hat mich mein Gewissen getrieben und schließlich ist das eine Aufgabe für einen Mann.“ Heute, wo wir in Frieden, Freiheit und Wohlstand leben, wo die Mehrheit der Deutschen keine eigenen Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg und an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft mehr hat, wo unsere gegenwärtige Rechtsordnung und unsere Freiheit selbstverständlich und unbestritten sind, stellt sich die Frage, ob und welches Maß an, wenn schon nicht Mut, so doch Zivilcourage wir benötigen und wo dieses Maß herkommen soll.

Die Ökonomen kennen das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen. Mit Blick auf die Entwicklung der Wahlbeteiligungen ist es keineswegs nur ein ökonomisches Gesetz. Alles, was selbstverständlich ist, verliert ganz offensichtlich an Wertschätzung. Daher stellt sich die Frage, welchen Stellenwert Zivilcourage in einer Welt besitzt, in der fast alles möglich erscheint, in einer Welt, die sich ständig und immer schneller wandelt, in der es kaum noch einen Wert gibt, der nicht schon hinterfragt oder gelegentlich auch belächelt worden ist. Ist Zivilcourage ein Begriff, der nach den Regeln der political

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

www.kas.de

correctness noch eingefordert werden darf? An welchem Ort soll sich Zivilcourage behaupten, wo wir heute doch alle globalisiert, digitalisiert, mobil sind?

Die Debatten der siebziger und achtziger Jahre im geteilten Deutschland zeugen davon, dass wir möglicherweise umso größeres moralisches Engagement beweisen, je ferner uns das Objekt liegt. Je geringer das Risiko damals war, selbst handeln zu müssen, umso größer und glaubwürdiger war die Leidenschaft, mit der sich eines Themas angenommen wurde. Je näher die Möglichkeit rückte, sich konkret für Menschen und Bürgerrechte einzusetzen zu müssen, umso größer war die Gefahr, missverstanden zu werden. Wer für Freiheit und Menschenrechte in Südafrika eintrat, war ein edler Mensch; wer es für die Menschen in der DDR tat, lief Gefahr, als kalter Krieger, als unverbesserlicher Revanchist abgetan zu werden.

Heute muss in Deutschland niemand in den Widerstand gehen. Wer heute vom Widerstand spricht, wer heute – entsprechende Stimmen gibt durchaus auch in unserer eigenen Partei – das Widerstandsrecht in unserer Verfassung in Anspruch nehmen möchte, der stellt die Verhältnisse letztlich auf den Kopf. Es müsste uns zu denken geben, dass eigentlich nur am äußersten rechten und linken Rand von der Notwendigkeit des Widerstands gegen das System die Rede ist. Diese Ideologen müssen in der Tat unseren freien Rechtsstaat als Abstraktum verstehen, diskreditieren, um ihn guten Gewissens bekämpfen zu können und um zu verschleiern, dass der Lebensnerv unserer Ordnung das Engagement eines jeden einzelnen Bürgers für das Gemeinwesen ist. Dieses Engagement allerdings ist unverzichtbar! Gerade weil die freiheitliche Ordnung keine heroischen Taten provoziert und im Alltag nicht allzu viel Mut und schon gar keine Todesverachtung verlangt, neigen wir vielleicht zu dem Trugschluss, dass unsere Ordnung ohne das Engagement von Menschen auskommen könnte.

Dass diese Schlussfolgerung falsch ist, beweist bereits ein Blick in den Lokalteil der Zeitungen. In unserem Land entstehen täg-

lich Situationen, die couragiertes Eingreifen von Einzelnen erfordern oder zumindest wünschenswert machen. Es kann dabei durchaus auch um Leben oder Tod gehen. Wenn sich niemand zuständig fühlt oder dazwischen geht, kann man auch in Deutschland im Jahr 2007 Opfer eines Verbrechens werden, das den Tod bedeutet. Aktuelle Pressemeldungen erinnern uns daran, dass auch das beherzte Engagement Gefahr für Leib und Leben heraufbeschwören kann. Vor einigen Tagen ist hier in Berlin ein junger Mann erstochen worden, weil er an einem Badensee einem bedrängten älteren Herren zur Hilfe gekommen ist. Anlass des Streits war die Aufforderung des älteren Herrn, selbstverursachten Müll nicht liegen zu lassen. Beide haben Zivilcourage gezeigt – der ältere Herr wurde angepöbelt und der herbeieilende Helfer hat es nicht überlebt. Wenn aber niemand mehr sagt „Lass’ doch deinen Dreck nicht liegen, nimm’ ihn mit“, dann wird die freiheitliche Ordnung schwächer. Nicht jede solcher Situationen ist mit Lebensgefahr verbunden, aber es bleibt notwendig, dazwischen zu gehen.

Eine andere Geschichte aus meiner Heimatstadt Gengenbach: Bekannte – sie stammen aus meiner Generation – haben in Straßburg einen Bummel gemacht. Eine der Damen hat in einer vollbesetzten Straßenbahn plötzlich ihren Geldbeutel vermisst. Meine Bekannten hatten das Gefühl, dass ein junges Pärchen, das in der Nähe stand, den Geldbeutel gestohlen haben müsse; sie haben dieses Pärchen daraufhin zur Rede gestellt. All die Menschen in der Straßenbahn haben nicht geholfen. Die zwei jungen Leute waren aber von dem unerschrockenen Mut der Damen offenbar so verwirrt, dass sie tatsächlich den Geldbeutel zurückgegeben und an der nächsten Haltestelle das Weite gesucht haben. Erst danach haben die übrigen Fahrgäste applaudiert. Was geschehen wäre, wenn das Pärchen anders gehandelt hätte, darüber kann man lange nachdenken.

Bei der Betrachtung solcher Fälle dürfen wir eines nicht vergessen: Wir leben heute in einer freiheitlich-demokratischen, rechtsstaatlich verfassten, friedlichen Ordnung, in der Sicherheit in einem relativ erträglichen Maße garantiert ist. Wie jeder Bericht aus-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

weist, sind wir – auch im internationalen Vergleich – ein sicheres Land; das Sicherheitsgefühl der Menschen in Deutschland ist relativ hoch. Dennoch wird es uns schlechter gehen, wenn Menschen sich nicht für andere verantwortlich fühlen. Dieses Anliegen darf nicht allein dem Staat oder den Polizeien überlassen werden. Selbstverständlich können wir über weitere Möglichkeiten staatlichen Handelns, wie etwa eine Verschärfung des Waffenrechts, nachdenken. Wenn aber Menschen nicht bereit sind, sich einzusetzen, ihre Meinung zu artikulieren, einem anderen deutlich zu machen, dass er gewisse Grenzen nicht überschreiten darf, wird es schwieriger. In diesem Sinne ist Zivilcourage das, was wir von uns selbst verlangen müssen, wofür wir werben müssen.

Wir können dabei von den drei Persönlichkeiten, die wir heute ehren, lernen. Es geht darum, sich nicht nur in die Opferrolle zu fügen, sondern dem Rad selbst in die Speichen zu greifen. Genau dies hat – unter dem Eindruck der Hetze gegen die Juden – am 15. April 1933 bereits Dietrich Bonhoeffer gefordert. Er hat damit die notwendige Courage bewiesen, den Mut, der ihn schließlich wie Moltke, Delp, Stauffenberg und viele andere das Leben gekostet hat. Hätten im April 1933 mehr Menschen diesen Mut besessen – 1933 war es vielleicht nicht einmal heroischer Mut –, hätte möglicherweise mehr verhindert werden können. Aber es waren zu wenige. Pater Delp hat während des Zweiten Weltkriegs die Beobachtung gemacht, dass die Deutschen „zu einem Volk auf der Straße verkommen sind, ohne religiöse und geistige Substanz in Verlassenheit lebend, ohne Heimatgefühl und ohne Verantwortung für das Ganze.“ Man könnte meinen, dass dieses Zitat jünger sei. Wir hören schließlich viele Klagen über den Verfall von Werten, Sitten und Tugenden in unserer Gesellschaft. Vielleicht findet sich in Delps Diagnose – bei allen Unterschieden – doch eine gewisse Parallele zu bestimmten Fehlentwicklungen in unserer Zeit. Wir können noch heute aus Ideen und Anregungen lernen, die Delp, Moltke und andere im Kreisauer Kreis entwickelt und besprochen haben.

Werfen wir noch einmal einen Blick zurück: Die Verteidigungslinie, die einige Mitglieder des Kreisauer Kreises wählten, als es nach ihrer Verhaftung darum ging, die drohende Todesstrafe abzuwenden, ist sehr aufschlussreich. Man habe doch nur nachgedacht und damit eigentlich nichts Böses getan. Aber genau dies – eigenständiges, offenes Denken, noch dazu mit anderen engagierten Gesprächspartnern – galt den Nationalsozialisten bereits als todeswürdiges Verbrechen. Selbst wer sich nicht wie Stauffenberg zur Tat durchringen konnte, wurde bereits für das Denken und Reden mit dem Tod bestraft.

Die Angst der Machthaber vor Diskussionen, Austausch und Gesprächen war keineswegs unberechtigt. Diese Kommunikation stand für eine Gemeinschaft von Menschen, die sich Gedanken über ihre gesellschaftliche Zukunft machten, über ihre Verantwortung und über das Gemeinwohl. Deshalb sind offene Gespräche und Verantwortungsbewusstsein notwendig; sie sind kein guter Nährboden für verschrobene Weltbilder und verblendete Ideologien. Deshalb haben die Nationalsozialisten den Kreisauer Kreis mit unerbittlicher Härte verfolgt.

Aus genau dem gleichen Grund müssen wir heute das Gespräch suchen, das Verantwortungsgefühl fördern, insbesondere aber die Diskussion mit jungen Menschen führen, wenn wir sie vor der Anfälligkeit für extremistische Ideologien schützen wollen.

Viele Kreisauer kamen aus der Jugendbewegung, einer heterogenen gesellschaftlichen Strömung zu Beginn des 20. Jahrhunderts, die politisch wie religiös breit gefächert war, aber doch einige entscheidende, verbindende Elemente aufwies. Nach der Katastrophe des Ersten Weltkrieges und angesichts des Selbstverständnisses der jungen Generation als Schicksalsgemeinschaft verwundert es nicht, dass diese Zeit eine gesellschaftlich sehr durchlässige war. Ein Produkt der Jugendbewegung waren die sogenannten Löwenberger Arbeitsgemeinschaften, denen es darum ging, junge stellenlose Arbeiter und Bauern mit Studenten ins Gespräch zu bringen, um jeweils aus den Erfahrungen der anderen zu lernen und

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gemeinsam staatsbürgerliche Kenntnisse zu vertiefen. Der junge Moltke hatte sich Ende der zwanziger Jahre in diesen Löwenberger Arbeitsgemeinschaften engagiert. Dies ist eine Idee, die noch heute für die Lösung oder die Prävention mancher gesellschaftlicher Konflikte durchaus tauglich ist: Im gemeinsamen, offenen Gespräch über Grenzen von Herkunft, Ausbildung, Beruf, soziale Schichtung und Generationen hinweg nach Antworten auf brennende Fragen – insbesondere der jungen Generation – zu suchen, auf diese Weise Gemeinsamkeiten zu entdecken und Erfahrung mit dem Drang der Jüngeren nach Neuem zu verbinden.

Der Kreisauer Kreis war ähnlich heterogen zusammengesetzt: Katholiken, Protestanten, Konservative und Sozialisten, Menschen adliger und bürgerlicher Abkunft – offen und vorurteilsfrei im Dienst der höheren Idee. Daher verwundert es nicht, dass die Mitglieder des Kreisauer Kreises selbst überzeugte Anhänger gesellschaftlicher Vielfalt waren und dass diese Vielfalt auch in ihre Vorstellungen für eine Neuordnung Deutschlands nach dem Ende des Hitlerregimes eingeflossen ist. Dem megalomanen Zentralismus der nationalsozialistischen Diktatur setzten sie das Konzept eines föderal strukturierten Staates entgegen, der streng nach den Regeln der Subsidiarität funktionieren sollte.

Wir dürfen diese Botschaft nicht vergessen in einer Zeit, in der die Neigung herrscht, für große Probleme möglichst zentrale Lösungen zu suchen. Zu der Diskussion um ein Rauchverbot in Gaststätten habe ich vor einiger Zeit angemerkt, dass der Bund diese Verbotsbefugnis nicht besitze. Auch in renommierten Zeitungen war danach zu lesen, dass dies nur ein kleinlicher, formaljuristischer Einwand sei. Wenn aber das Prinzip, dass politische Macht nur im Rahmen verfassungsmäßig zugewiesener Zuständigkeiten und demokratisch legitimierter Institutionen ausgeübt werden darf, als formaljuristischer Einwand abgetan wird, wird es gefährlich. Hinzu kommt, dass Einheitslösungen keineswegs die stabileren sind. Jetzt klagen wir schon wieder darüber, dass dort, wo der Orkan Kyrill in den Wäldern Schäden angerichtet hat, die Forstwirte erneut Mo-

nokulturen anpflanzen, obwohl wir wissen, dass die Anpflanzung von Mischwäldern kurzfristig vielleicht nicht so viel Ertrag bringt, aber langfristig beständiger ist. Deshalb ist das Lob der kleinen Einheit wie der Vielfalt eine gute Vorkehrung gegen Fehlentwicklungen.

Das Engagement der Menschen ist konstitutiv für freiheitliche Gesellschaften, daher ist das Subsidiaritätsprinzip ein notwendiger Bestandteil einer nachhaltigen freiheitlichen Ordnung. Nähe gibt Halt und Orientierung, weil sie Betroffenheit fördert und weil sie den Anderen zum Nächsten werden lässt. Nähe und Vertrautheit machen an größeren Ereignissen und Entwicklungen das Menschliche erfahrbar. Deshalb sind föderal organisierte Gemeinwesen besser als zentralistische in der Lage, die Bürgerinnen und Bürger zum gesellschaftlichen Engagement zu motivieren. Dies haben schon die Preußen erkannt, als ihr Staat in den napoleonischen Stürmen in die Krise geraten war. Mit Hilfe einer kommunalen Selbstverwaltung, aber auch der Autonomie der Hochschulen – ich nenne die Namen Hardenberg und Humboldt – haben sie den Wiederaufbau gemeistert.

Ursache und Wirkung liegen im föderal verfassten Staat näher beieinander. Der Mensch sieht vor Ort ein konkretes Problem und ist daher eher bereit, sich aktiv für positive Veränderungen zu engagieren. Wer beobachten kann, wie sein Handeln zu Gunsten der Gesellschaft Früchte trägt, ist selbst motiviert und lädt als Vorbild andere zur Nachahmung ein. Ein Blick auf die junge Generation heute macht deutlich, wie schnell junge Menschen bereit sind, sich zu engagieren, wenn sie nur konkret wissen, wozu und für wen. Ich bin daher überzeugt, dass unser föderaler Ansatz noch viele Möglichkeiten bietet, Engagement und Zivilcourage und damit Bürgertugenden als Voraussetzung nachhaltiger Freiheit zu fördern.

Die Verbindung von Nähe und Engagement lässt sich auch dramaturgisch veranschaulichen. Ich habe einmal vor 14jährigen RealSchülern in einer Schule, die den Namen von Pater Delp trägt, über das Thema Widerstand gesprochen. Bei der Vorbereitung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

habe ich mich an die Ausführungen von Hannah Arendt über die Banalität des Bösen erinnert. Ich glaube, dass es auch eine Banalität des Guten gibt, das ganz alltäglich daher kommt. Es wirkt oft zufällig, ob sich ein Mensch für das Gute oder für das Böse entscheidet. Den Unterschied macht häufig die Frage aus, ob dieser Mensch seinen Mitmenschen anschaut, ihn als solchen zur Kenntnis nimmt oder ob er ihn lediglich als abstraktes Objekt betrachtet. In Roman Polanskis biographisch angelegtem Film „Der Pianist“ gibt es eine Szene, in der der polnische Pianist Wladyslaw Szpilman, der im zerschossenen Warschau außerhalb des Ghettos irgendwie überlebt hat, der kaum mehr ist als ein Elendsbündel, in einer halbzerstörten Villa von einem Wehrmachtsoffizier überrascht wird. Der Offizier sieht ihn an und sagt ein Wort: „Jude.“ Dann fragt er: „Beruf?“ Szpilman antwortet wahrheitsgemäß, dass er Pianist sei; darauf fordert ihn der Offizier aus einer Laune des Augenblicks heraus auf, an dem Flügel, der in dem Zimmer steht, zu spielen. Von diesem Moment an hilft er Szpilman zu überleben; er selbst kommt später in russischer Kriegsgefangenschaft um. Wir wissen, dass der Offizier – Wilm Hosenfeld – schon immer geholfen hat; gerade aber weil die Filmszene diesen Umstand nicht thematisiert, unterstreicht sie umso stärker die Bedeutung von Nähe, Betroffenheit und Ansehen. Sie entscheiden darüber, dass der Andere plötzlich nicht mehr als anonymer Störfaktor, sondern als Mensch wahrgenommen wird.

Daher ist es heute wichtig, nicht nur abstrakt über Berlin und Brüssel zu urteilen, sondern gesellschaftliche Realität durch Nähe fruchtbar zu machen. Wer innerhalb seiner eigenen Ordnung, in seiner eigenen Umgebung sich engagieren kann, wer gebraucht, gefragt und angesprochen wird, der ist weniger anfällig für Rattenfänger von links wie rechts und er ist auch nicht anfällig für diejenigen, die die angebliche Machtlosigkeit des Einzelnen gegenüber dem System beklagen. Diese Machtlosigkeit gibt es nicht; sie wird nur von denjenigen unterstellt, die die Freiheit nicht wirklich akzeptieren wollen.

Zum Vermächtnis des Kreisauer Kreises gehört auch die positive Bezugnahme auf das Christentum als Werteordnung, die das Leben in Europa über die Jahrhunderte bestimmt und geformt hat. Nach den Vorstellungen der Kreisauer, die in diesem Sinne durchaus als Vordenker des heutigen Europas bezeichnet werden können, sollte das Christentum die gemeinsame weltanschauliche Grundlage einer europäischen Nachkriegsordnung bilden – gerade weil der freiheitliche Staat auf Religion angewiesen bleibt. Auch heute bekennen wir uns zu diesen religiösen Grundlagen, da es in unserem Gemeinwesen eben nicht nur darum geht, nebeneinander her zu existieren. Es ist unsere Art zu leben, die viel mit dem Christentum zu tun hat. Unsere Ordnung, die aus diesem Geist entstand, ist dabei offen für andere. Dies haben uns alle muslimischen Vertreter in der Islamkonferenz bestätigt. Auch sie begreifen diese Ordnung als eine vorbildliche, in der sie sich entfalten können.

Die Kreisauer haben bereits gewusst, dass ein Mensch nur dann Engagement und Offenheit beweisen kann, wenn er gefestigt ist, wenn er seine Herkunft kennt, wenn er mit seiner Geschichte im Reinen ist und wenn er fühlt, in einem größeren Ganzen verwurzelt zu sein, kurz: wenn er Halt in einer Überzeugung findet, die von Werten getragen ist. Nur im Rahmen einer Ordnung, die durch verinnerlichte und geteilte Werte definiert und begrenzt ist, kann sich eine freiheitliche Gesellschaft nachhaltig behaupten. Dies hatte der nationalsozialistische Nihilismus die Kreisauer nachdrücklich gelehrt.

Auch die Väter und Mütter des Grundgesetzes wussten um den Zusammenhang von kleiner Einheit und Wertevermittlung. Aus diesem Grund haben sie die Familie als Keimzelle einer stabilen freiheitlichen Ordnung beschrieben. Freiheit wird dann stabiler, wenn Menschen eingebunden sind in gefestigte, institutionell vorgehaltene Beziehungen. Dieses Prinzip bleibt auch unter veränderten Rahmenbedingungen, besonders in den Zeiten der Globalisierung gültig. Wer sich seiner selbst gewiss ist, wird Veränderungen eher mutig und gelassen ertra-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

gen als derjenige, der verunsichert ist und schnell von einer Angst zur anderen getrieben werden kann. Wir haben in Deutschland bereits Erfahrung damit gesammelt, wie sehr Angst die Vorstellung von politischer Korrektheit beeinflussen und gelegentlich fast in den Rang einer verfassungsrechtlichen Kategorie erhoben werden kann. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an ein bekanntes Urteil zur Volkszählung vor etwas mehr als zwanzig Jahren.

Wer sich aufgehoben fühlt – sei es in der Familie, sei es im Verein, sei es in seinem Glauben – ist nicht nur gefestigter und weniger anfällig, er wird auch eher den Punkt erreichen, an dem er Verantwortung für den Nächsten übernimmt, also Zivilcourage zeigt. Zu diesem Gefühl, aufgehoben zu sein, gehört die Identifikation des Menschen mit dem Gemeinwesen und mit dem Land, in dem er lebt. Dabei geht es nicht darum, ob man diese Identifikation als Patriotismus bezeichnet oder nicht, sondern es geht darum, dass ein Zugehörigkeitsgefühl eine gute Voraussetzung dafür bildet, Verantwortung zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund bildet die Integration in unsere Gesellschaft eine Herausforderung, die nicht allein Menschen mit Migrationshintergrund betrifft. Ein solcher Hintergrund ist heute nicht mehr die einzige Begründung dafür, dass es Integrationsdefizite gibt. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien hat zu einem verschärften Wettbewerb um Aufmerksamkeit geführt, der nicht ohne Auswirkungen auf die Vermittlung von Erfahrungen und Werten geblieben ist. Es ist daher wichtig, dass wir uns dieser Vermittlungsaufgabe stellen und uns gegen die Integrationsdefizite engagieren. Ich glaube in diesem Zusammenhang, dass es falsch ist, Begriffe wie Heimat, Glaube oder Gemeinschaft lächerlich zu machen. Wer nicht weiß, dass eine solche Verortung wichtig ist, um Freiheit nachhaltig zu gewährleisten, hat weniger gute Chancen, sein Ziel zu erreichen. Es geht darum, die Thematisierung menschlicher Grundbedürfnisse, die es immer und überall auf der Welt gegeben hat, nicht aus Gründen des Zeitgeistes oder vermeintlicher Aufgeklärtheit

denjenigen zu überlassen, die die Freiheitsordnung beseitigen wollen.

Bei allen Anknüpfungspunkten an Delp, Moltke und Stauffenberg dürfen wir nicht vergessen, dass die Vorstellungen des Kreisauer Kreises und der Widerstandskämpfer des 20. Juli keineswegs in allen Aspekten deckungsgleich waren mit dem, was wir heute unter einer freiheitlich-demokratischen Ordnung verstehen. Stauffenberg war nicht eben ein Freund der parlamentarischen Demokratie. Dies zu sagen, gebietet die Wahrheit. Darüber hinaus bedeutet es jedoch nur, dass die Zeiten damals andere gewesen sind, dass wir durchaus auch klüger werden können. Insofern waren die Ideen und die Taten dieser Menschen nicht nur ungeheuer mutig in einer von Hass und Zerstörung gezeichneten Welt, sondern sie waren nach dem Scheitern der ersten deutschen Republik auch Schritte in eine Zukunft, die damals fern und wunderbar erschien. Heute empfinden wir das, was aus diesem Geist heraus geschaffen wurde, als so selbstverständlich, dass wir bereits wieder dafür werben müssen, um die Wertschätzung zu erhalten.

Die Zivilcourage ist keine Charaktereigenschaft, mit der man geboren wird oder die – einmal erworben – einem Menschen immer eigen ist. Sie muss immer wieder neu bewiesen werden. Der erste Schritt dazu ist die Bildung einer eigenen Meinung – unter Verzicht darauf, immer nur im Strom mitzuschwimmen, um nicht anzuecken. Nur wer sich um einen eigenen Standpunkt bemüht, ist zur Toleranz gegenüber anderen Meinungen fähig. Nur wer diese Fähigkeit besitzt und andere Standpunkte bewusst respektiert – und sie nicht unreflektiert übernimmt –, wird Bereitschaft zeigen, Verantwortung für andere Menschen zu übernehmen. Dieser enge Zusammenhang bildet eine Grundbedingung menschlichen Zusammenlebens in Frieden und Freiheit. Er ist zugleich Richtschnur einer Politik, die sich nicht an lebensfernen Ideologien ausrichtet, sondern an den Bedürfnissen und an dem Wohlergehen der Menschen, in deren Namen wir unsere Arbeit tun wollen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

DEUTSCHLAND, BERLIN  
DR. WOLFGANG SCHÄUBLE

Juli 2007

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Zu einem eigenen Standpunkt gehört auch die Kenntnis der eigenen Geschichte. Wer die Geschichte nicht kennt, lebt in einem luftleeren Raum; nur wer die Geschichte nicht kennt, kann der verbrecherischen Naziherrschaft gute Seiten abgewinnen. Aus diesem Grund ist die Vermittlung von Geschichtskennntnis wichtig, sie darf bei aller Konzentration der Schulen auf die Naturwissenschaften, auf moderne Technologien, nicht verloren gehen. Die Erinnerung an Claus Schenk Graf von Stauffenberg, an Pater Alfred Delp und an Helmuth James Graf von Moltke ist dabei eine inzwischen anerkannte historische Wurzel unserer Bundesrepublik Deutschland geworden. Sie zeigt uns Vorbilder, auf die wir stolz sein dürfen. Wenn wir aber darauf stolz darauf sein wollen, dann müssen wir uns angesichts der Banalität der Anforderungen, mit denen wir heute konfrontiert sind, an die Leistungen und an die Umstände, unter denen diese Leistungen erbracht wurden, erinnern lassen. Dann können wir daraus Kraft schöpfen für eigenes Engagement im Dienst unserer freiheitlichen Gesellschaft und unserer demokratischen Ordnung.

So zeigt die Geschichte, dass Freiheit aus Verantwortung erwächst, und sie zeigt immer wieder, dass es für Resignation heute keinen Grund, keine Rechtfertigung, nicht einmal eine Entschuldigung gibt. Umso mehr Gründe gibt es aber für ein aktives Engagement. Unsere jüngste Geschichte macht deutlich, was Zivilcourage zu leisten vermag – vor allem auch dann, wenn es nicht so sehr der heroische Mut ist, der gefordert wird. Ohne die Zivilcourage und die Zuversicht vieler Menschen hätte es im Herbst 1989 die Rufe „Wir sind das Volk“ vielleicht nicht gegeben und dann auch nicht den Ruf „Wir sind ein Volk“. Ohne Zivilcourage hätte es vielleicht auch nicht den Fall der Berliner Mauer und die deutsche Einheit und das Ende der europäischen Teilung und des Ost-West-Konfliktes gegeben.

Das alles ist für mich noch immer ein großes Wunder, so Menschen denn Wunder wirken. Wir aber sollten nicht auf Wunder warten, sondern wir sollten in unserem freiheitlich-demokratisch verfassten Alltag daran denken, dass den großen Wundern meis-

tens große Katastrophen vorausgehen. Daher spricht vieles dafür, in einem mehr oder weniger unscheinbaren und weniger sensationellen Alltag bescheiden und beständig das unsere dafür tun, dass wir auch in Zukunft in einer freiheitlichen, friedlichen Gesellschaft und politischen Ordnung leben können. Das ist so viel nicht, man darf es nur nicht ganz selbstverständlich werden lassen. Andernfalls benötigen wir erneut Wunder, auf die man vertrauen kann, aber auf die man sich nicht verlassen darf. Man muss zuvor seine eigene Pflicht getan haben.

*Rede von Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, Bundesminister des Innern, anlässlich der Fachkonferenz "Vermächtnis und Verpflichtung - Zum 100. Geburtstag von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, Helmuth James Graf von Moltke und Pater Alfred Delp" am 21. Juni 2007 in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin*